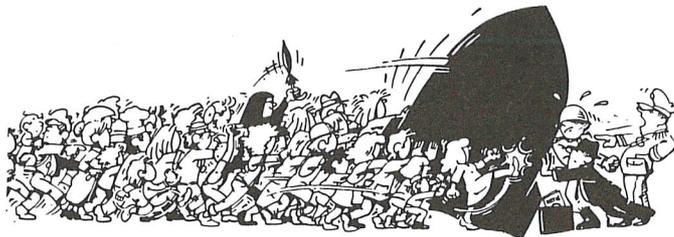


RUNDBRIEF '84

STOP!

PERSHING II CRUISE MISSILES



Koordinationsausschuß
Estermannstraße 179
5300 Bonn 1
Tel. 0228/ 67 82 31
und 0228/ 67 82 32

Von den Volksbefragungen zum Friedensherbst

Die 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai in der Pädagogischen Hochschule in Köln hat die Handlungsfähigkeit der Friedensbewegung erneut unter Beweis gestellt. Die inhaltliche Diskussion wird fortgesetzt, friedenspolitische Alternativen werden entwickelt, der Rahmen für die Friedensarbeit 1984 wurde durch ein integriertes Herbstkonzept abgesteckt. Bestätigt wurde in diesem Zusammenhang erneut die Bedeutung der Volksbefragungen am 17. Juni. Ihnen kommt eine große Bedeutung für die Mobilisierungs- und Überzeugungsfähigkeit der Friedensbewegung zu.

Aber nicht nur auf einer Aktionskonferenz, auch in der täglichen Arbeit vor Ort läuft die Mobilisierung für die Volksbefragungen auf vollen Touren. Der vorliegende Rundbrief gibt noch einmal letzte Konkretisierungen vor – insbesondere für die Rückmeldung und Verarbeitung der Ergebnisse des 17. Juni.

Der vorliegende Rundbrief dokumentiert auch die wesentlichen Beschlüsse der letzten Aktionskonferenz.

Die neuesten Ergebnisse der Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen werden gleichfalls ausführlich dargestellt.

Diese Dokumente belegen: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist lebendig! Dies können wir allen deutlich machen mit einem überzeugenden Erfolg der Volksbefragungen am 17. Juni. So schaffen wir auch die Voraussetzungen für erfolgreiche Herbstaktionen!

Nr. 2 Mai '84

AKTIONSKONFERENZ

FRIEDENSHERBST '84

VOLKSBEFRAGUNGEN

RECHTSPROBLEME

RÜCKMELDESYSTEM

DRUCKVORLAGEN

CHECKLISTE

VERWEIGERUNG



Inhalt:

Titel	S. 1
Beschlüsse der Aktionskonferenz	S. 2
Einleitung: Volksbefragung	S. 5
Mobilisierung Volksbefragung	S. 6
Rechtsprobleme Volksbefragung	S. 8
Rückmeldesystem Volksbefragung	S. 10
„Wir machen mit“ — Formular	S. 13
Ergebnisliste/Protokoll (Vordruck)	S. 14
Stimmzettel Volksbefragung (Vordruck)	S. 15
Checkliste Volksbefragung	S. 16
Verweigerungskampagne	S. 17
Materialien/Unterstützung Verweigerung	S. 19
Bestellschein	S. 20

Impressum:

Redaktion: Peter Dippolt, Peter Kohlbach, Bernhard Möller, Doris Schmalenberg, Klaus Scherenberg, Volker Schewe, Bernd Wallmeier

Satz/LayOut: Scherenberg/Wallmeier
V.i.S.d.P.:

Adresse: Koordinationsbüro der Friedensbewegung
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1

Tel.: 0228 — 67 82 31/32
0228 — 67 82 70/80

Druck: infobonn
Reuterstr. 10
5300 Bonn 1

**Mutlangen:**

12.6. — 15.7.84

**JEDE STIMME ZÄHLT!
AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER UND JUGENDLICHE
EINBEZIEHEN!**

Sehr häufig wurde in den letzten Tagen an das Koordinationsbüro die Frage herangetragen, wie man sich denjenigen gegenüber verhalten soll, die an den Volksbefragungen teilnehmen möchten, aber nicht wahlberechtigt sind. Dies trifft für unsere ausländischen Mitbürger ebenso zu wie für Jugendliche.

WIR MEINEN: Diese Gruppen sind der Bedrohung, die von der atomaren Aufrüstung ausgeht, gleichermaßen betroffen, wie die wahlberechtigte Bevölkerung. Sie sollten daher auch an den Befragungen teilnehmen und ihr JA zur Abrüstung dokumentieren.

Bei den Volksbefragungen handelt es sich um eine politische Demonstration, nicht um einen notariellen Akt. Haltet also ggf. andersfarbige Stimmzettel bereit, wenn Ihr die Auszählung getrennt vornehmen wollt.

Solidarität mit Gewerkschaftsstreiks

Die 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai 1984 in Köln erklärt ihre volle Solidarität mit den Streikenden der Druck und Papier und den kampfbereiten Belegschaften der IG Metall zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Mit dem eindeutigen Ergebnis der Urabstimmung haben Hunderttausende Metaller in Baden-Württemberg allen Totbetern der 35-Stunden-Woche eine schmerzhaft Niederlage bereitet.

Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche aber macht deutlich: Hand in Hand mit der Bundesregierung versuchen die Unternehmer den Abwehrkampf der Arbeitenden gegen die ständig steigende verheerende Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau zum Anlaß zu nehmen, den Gewerkschaften eine entscheidende politische Niederlage beizubringen, mit nicht absehbaren Folgen nicht nur für die Arbeitenden, sondern auch für die gesamte Friedensbewegung.

Eines wissen wir: Abbau von Arbeitsplätzen und Sozialem einerseits sowie Raketenstationierung und Hochrüstung andererseits sind die zwei Seiten der gleichen Medaille der gleichen Politik.

Konkreter gesagt: Diejenigen, die die Raketenstationierung als Akt des Friedens bezeichnen, sind die gleichen, die die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als "dumm und töricht" diffamieren.

Wir wissen aber auch, was sie fürchten; die Alternative, daß Arbeiterbewegung und Friedensbewegung noch enger zusammen gehen und handeln. Dies zeigen die Reaktionen der Herrschenden: Wenn Spranger (CSU) die selbstorganisierten Volksbefragungen für grundgesetzwidrig erklärt und wenn gegen Beteiligte an Blockadeaktionen Strafverfahren eröffnet werden, so zeigt dies, in welcher Form sich die Auseinandersetzungen in der Zukunft entwickeln werden. Polizeiaktionen und tätliche Angriffe gegen Streikende sowie die angekündigten Aussperrungen weisen in die gleiche Richtung.

Gegen drohende Kriminalisierung und Repressionsversuche muß es darum gehen, weiterhin gemeinsam zu handeln.

Immer mehr Gewerkschafter beteiligen sich nach den Antikriegsveranstaltungen des DGB an den Aktionen am 5. 10. 83 und dem Aufruf zu den Volksversammlungen im letzten Herbst im Friedenskampf.

Der Ostermarsch 1984 und der 1. Mai drückten deutlich aus, daß Friedensbewegung und Arbeiterbewegung immer mehr zusammengedrückt sind und auch mit dem massivsten Propagandaaufwand nicht toegesagt werden konnten.

Gemeinsam fordern Friedensbewegung und Arbeiterbewegung den sofortigen Stopp und die Rücknahme der Raketenstationierung als einen ersten wichtigen Schritt gegen die Logik des Wettrüstens und gegen die wachsende Gefahr der atomaren Vernichtung.

Der aktuelle Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist ein erster Schritt gegen Massenarbeitslosigkeit und weiteren Sozialabbau. Für diesen Kampf erklärt die Aktionskonferenz die volle Solidarität der Friedensbewegung. Der Kampf gegen Hochrüstung, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau muß gemeinsam geführt werden für eine menschenwürdige Zukunft, ohne Massenelend, Umweltvernichtung und Krieg.

Die 6. Aktionskonferenz der Friedensbewegung fordert auf, in vielfältigen Aktionen die Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen praktisch werden zu lassen:

Diskutiert und propagiert die Forderung nach der 35-Stunden-Woche durch Aufkleber, Buttons, durch Diskussionen am Arbeits- und Studienplatz, in der Schule und im Bekanntenkreis;

Unterstützt die örtlichen Streikaktionen durch Flugblattverteilen, Sammlung von Spenden, Besuchen von Streikposten an Werkstoren, Leserbriefe an die Presse und Solidaritätserklärungen.

Aktionskonferenz

Beschlüsse der Kölner Aktionskonferenz vom 5./6. Mai 1984

Friedensherbst 1984

Die Friedensbewegung hat die politische Kultur unseres Landes verändert. Sie ist aufgefordert, den politischen Widerstand gegen die Raketenstationierung und Rüstungspolitik in vielfältigen und phantasievollen Formen und Aktionen gemeinsam Ausdruck zu geben. Dabei gilt es, die

Ablehnung der Raketenstationierung in der Bevölkerung zu festigen und auszubauen und in aktives politisches Handeln zu verwandeln, bei direkten gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams, der Verweigerung, Massenaktivitäten und symbolischen Aktionen.

Wir rufen auf zu einem gemeinsamen Friedensherbst vom 1. Sept. — 24. Nov. '84

1. Antikriegstag am 1. September

2. Aktionen zu den Herbstmanövern: Alle Friedensgruppen sind dazu aufgefordert, sich an den Vorbereitungen und der Gestaltung dieser Aktionen gegen die Manöver im Fulda-GAP und in Hildesheim auf den Vorbereitungskonferenzen zu beteiligen. Für Ende September im Fulda-GAP und in der Woche vom 17.9. - 23. 9. 84 im Raum Hildesheim sind Friedenscamps und Manöverbehinderungsaktionen geplant. Als zentraler Abschluß ist ein Menschennetz im Manövergebiet im Fulda-GAP bzw. eine zentrale Demonstration im Raum Hildesheim vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereitungskonferenz am 27.5. in Hannover statt.

3. Friedenstag des Protestes, Widerstand und Verweigerung in Schulen, Universitäten und Betrieben bis zum 19.10. zur Vorbereitung der regionalen Großaktionen.

4. Regionale Großaktionen mit Menschenketten am 20. Oktober, die den politischen Zusammenhang mit Kernforderungen der Friedensbewegung symbolisieren.

Die Aktionskonferenz schlägt den regionalen Friedenskonferenzen vor, in ihren Regionen Großaktionen, insbesondere die konkrete Ausgestaltung der folgenden Vorschläge zu diskutieren:

In der Region Mitte:

Um die Verbindung von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung auszudrücken: Menschenkette zwischen Ruhrgebiet und Woensdrecht (Niederlande) mit abschließender Kundgebung. Dabei sollte überlegt werden, ob die Verlängerung der Kette vom Ruhrgebiet nach Wüschheim im Hunsrück realisiert werden kann.

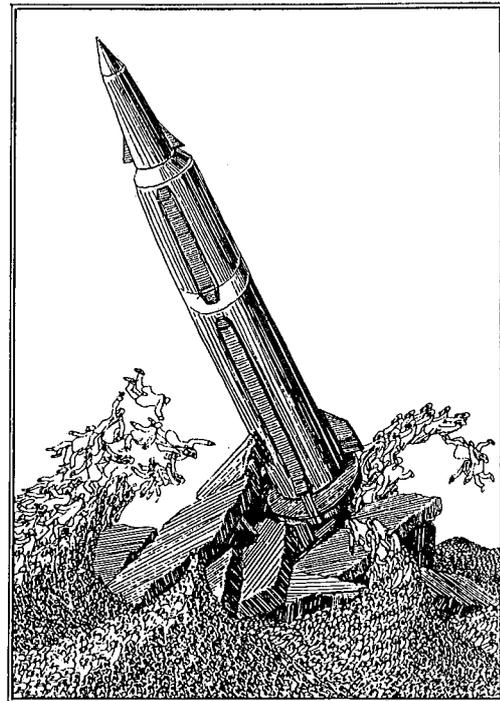
Im Süden:

Um den weitgehenden Widerstand gegen die Raketenstationierung zum Ausdruck zu bringen: Großaktion, die die Stationierungsorte einschließt.

Im Norden:

Um den Widerstand gegen die Militarisierung und gegen aggressive Kriegsführungsstrategien deutlich zu machen: Großaktion, die die Orte der Militarisierung zum Gegenstand hat.

Der Koordinationsausschuß wird beauftragt, nach den Regionalkonferenzen in Absprache mit den Regionen die regionalen Großaktionen politisch und organisatorisch zu verknüpfen. Zugleich soll er mit den Friedensbewegungen in Holland und Belgien eine Verknüpfung mit den dortigen Aktivitäten gegen die Stationierung besprechen.



5. Solidaritätsaktionen mit Nicaragua am 3. November in Zusammenarbeit mit den Mittelamerikakomitees

6. Friedenswochen der kirchlichen Gruppen vom 11. bis 21. November

7. Tage der Verweigerung vom 22. - 24. November

Wir bitten die Friedensbewegung in den drei Regionen, bis Ende Juni auf gemeinsamen Friedensversammlungen dieses integrierte Aktionskonzept zu diskutieren und zu konkretisieren.

Auf seiner Sitzung am 18. Mai hat der Koordinationsausschuß folgende Konkretisierung des Beschlusses der Aktionskonferenz als Vorschlag an die Regionalkonferenzen vorgenommen:

1) unter Punkt 2. des Aktionskonferenz-Beschlusses:

... geplant. Als zentraler Abschluß ist ein Menschennetz im Manövergebiet im Fulda-GAP in Trügerschaft des KA zusammen mit den Osthessischen Friedensinitiativen vorgesehen. Für den Raum Hildesheim findet eine Norddeutsche Vorbereitungskonferenz am 27.5. 84 in Hannover statt.

2) unter: "In der Region der Mitte":

Um die Verbindung von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung auszudrücken: Menschenkette in der Region Mitte (NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) vom Stationierungsort Wüschheim ins Ruhrgebiet mit einer möglichen Verlängerung in die Niederlande (Woensdrecht) mit abschließender Kundgebung.

3) unter: Der Koordinationsausschuß wird beauftragt...

... zu verknüpfen, insbesondere die Verantwortung für die Menschenkette in der Region Mitte zu übernehmen. Zugleich wird er mit den Friedensbewegungen in Holland und Belgien eine Verknüpfung mit den dortigen Aktivitäten gegen die Stationierung absprechen.

Der Koordinationsausschuß schlägt vor, in Abstimmung mit den bestehenden Strukturen (Friedensversammlungen/Friedensinitiativen) in der Region Mitte für den 30. Juni eine Regionalkonferenz durchzuführen.

4) unter Punkt 5. des Aktionskonferenz-Beschlusses:

Solidaritätsaktionen mit Nicaragua und Mittelamerika am 3. November 84 in Zusammenarbeit mit den Mittelamerika-Komitees.



Resolution zu den sowjetischen Rüstungsmaßnahmen

Die Friedensbewegung tritt ein für die Ächtung und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen in Ost und West. Unser Kampf gegen die Atomwaffen und atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist eine notwendige Reaktion auf das bereits vorhandene atomare Potential und den Versuch der USA und der NATO, eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion und unter Ausnutzung modernster Technologien eine Erstschlagsfähigkeit zu erlangen. Diese Politik der Stärke ist bis heute der Hauptgrund für den Rüstungswettlauf und die damit verbundene Kriegsgefahr.

Die Sowjetunion beteiligt sich an diesem Rüstungswettlauf. Und obgleich die sowjetische Rüstung im globalen Maßstab auf die Politik militärischer Überlegenheit reagiert, tragen die Rüstungsmaßnahmen der WVO - insbesondere die Aufstellung neuer operativ-taktischer atomarer Raketen erhöhter Reichweite in der CSSR und DDR - zur Destabilisierung der Situation bei; d.h. machen sie unsicherer.

Die Reduzierung der Vorwarnzeit und die Zielgenauigkeit moderner Raketenysteme verstärken in gefährlichen Krisensituationen die Tendenz, vermeintlichen oder realen gegnerischen Kriegsplanungen mit präventiven Einsätzen zuvorkommen. Viele von uns befürchten, daß damit der von der Sowjetunion einseitig erklärte Verzicht auf den

Ersteinsatz von Atomwaffen in Frage gestellt wird. Angesichts der Entwicklung technischer Möglichkeiten moderner Waffensysteme wird das "Gleichgewicht des Schreckens" und auch die sowjetische Doktrin der "gleichen Sicherheit" abgelöst durch ein System der "gleichen, größer werdenden Unsicherheit". Weil jedes neue atomare Waffensystem destabilisierend wirkt, fordern wir: Stop der Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs Typs in Westeuropa; Rücknahme der sowjetischen Maßnahmen SS 22 und SS 23.

Unsere Forderung an die WVO-Staaten verstellt uns nicht den Blick für die Notwendigkeit, einen Stop der Aufrüstung in Westeuropa und den USA - auch einseitig - durchzusetzen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. Hierin vor allem liegt der Schlüssel zur Beendigung des Wettrüstens in Ost und West.

Mit dieser Resolution soll die Auseinandersetzung über die Raketenstationierung in West und Ost nicht abgeschlossen werden. Die Gruppen der Friedensbewegung werden aufgefordert, die Diskussion weiterzuführen.

Köln, den 6.5.84 — Die Aktionskonferenz



Sämtliche Beschlüsse der Aktionskonferenz
können gegen Einsendung von DM 2,- in Briefmarken
beim Koordinationsbüro angefordert werden



Volksbefragung

Zum Stand der Dinge

Bis zum 17. Juni '84, dem Höhepunkt der Kampagne Volksbefragung, sind es nur noch wenige Wochen. Mehr und mehr Friedensinitiativen mobilisieren inzwischen für diese neuerliche Demonstration der Friedensbewegung. Nahezu 5.000 Gruppen und Einzelpersonen haben den Volksbefragungs-Aufruf des Koordinationsausschusses schon unterstützt. Zum Vergleich: der Aufruf "Es ist an der Zeit..." fand im vergangenen Herbst ca. 2.000 Unterzeichner.

Es geht also voran. Nach dem jetzigen Stand der Dinge sind mehr als 10.000 Wahllokale bereits abgedeckt. Täglich kommen hunderte hinzu. Auf der Landkarte läßt sich gut beobachten, wie das Netz von Tag zu Tag dichter wird. Regionale "Schwachstellen" gibt es noch in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und im östlichen Niedersachsen. Wir können jedoch davon ausgehen, daß sich in den kommenden Wochen auch hier noch einiges tut.

Natürlich wird es uns nicht gelingen, am 17. Juni vor allen 60.000 Wahllokalen präsent zu sein. Das war allerdings auch nie unser Anspruch! Die Volksbefragungen sind kein Plebiszit mit juristischen Folgen für die Bundesregierung, sondern eine Demonstration mit politischen Wirkungen. Dieser Anspruch wird verstärkt durch Abstimmungen in gesellschaftlichen Bereichen vor und nach dem 17. Juni. Mit dieser Kampagne sollen unsere Forderungen nach sofortigem STOP der Stationierung und Abbau der bereits aufgestellten Raketen in noch breitere Teile der Bevölkerung hineingetragen werden, friedenspolitische Diskussionen vor allem auch dort entfacht werden, wo bislang noch nicht so viel lief.

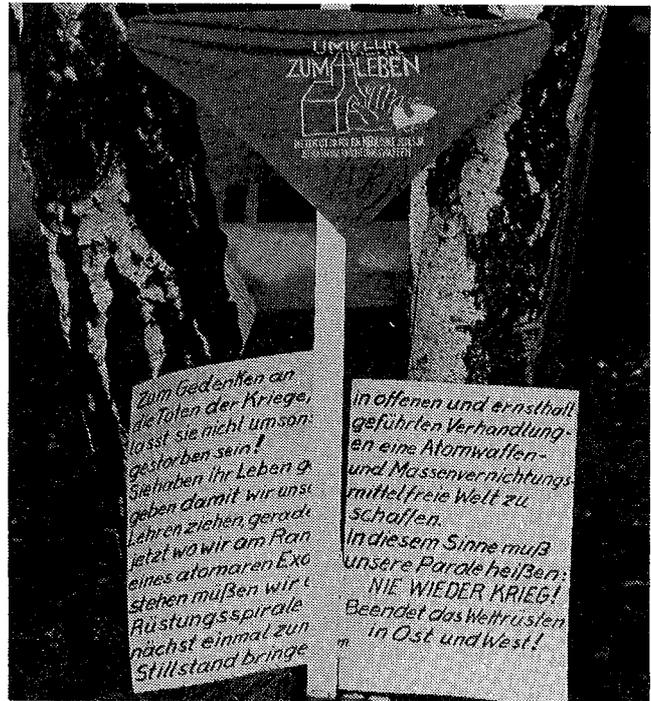
Schon heute läßt sich sagen, daß dieser dezentrale Ansatz der Aktion vielerorts sehr positiv aufgenommen wurde. So sind es z.B. in Bayern, wo ein überraschend dichtes Netz an Volksbefragungsaktionen aufgebaut werden konnte, gerade die ländlichen Gemeinde, die sich dieser Kampagne angeschlossen haben. Ganz offensichtlich war es richtig, eine große Aktion der Friedensbewegung auch einmal so anzulegen, daß die Menschen nicht immer reisen müssen, sondern dort aktiv werden können, wo sie arbeiten, wohnen und leben.

Zahlreiche Berichte, die täglich im Bonner Koordinationsbüro eintreffen, bestätigen dies. Friedensinitiativen, die bislang nur aus einer handvoll Leuten bestanden, konnten ihren "Aktivenstamm" verdoppeln oder verdreifachen, nachdem sie vor Ort öffentlich zur Mithilfe bei den Volksbefragungen aufgerufen haben. Wir sollten diese Möglichkeiten noch viel mehr nutzen.

Natürlich haben inzwischen auch unsere politischen Gegner gegen die Volksbefragungen mobil gemacht. Wie bei einer dezentralen Aktion nicht anders zu erwarten, vollzieht sich die Konfrontation zwischen CDU-Staat und Friedensbewegung diesmal nicht in Form markiger Polemik auf Bundespressekonferenzen, sondern in vielhundertfachen all-

täglichen Behinderungsversuchen vor Ort. Was sich bis jetzt schon bei den Beantragungen von Abstimmungsständen alles ereignet hat, ist ein Dokument widersprüchlicher, stümperhafter und vor allem rechtswidriger Verwaltungspraxis. Wir werden dies demnächst dokumentieren. Wie mit solcherlei Behinderungen umzugehen ist, haben wir auf den nachfolgenden Seiten dargestellt.

Dieses Behördenverhalten beweist, wie wenig unsere politischen Gegner damit umzugehen wissen, daß sich die Friedensbewegung diesmal nicht zentral auf der Bonner Hofgartenwiese versammelt, sondern sich mit ihrer politischen Überzeugungsarbeit in vielen hunder Orten in die Ereignisse des "heiligen Wahlsonntags" einmischte. Dies bestätigt nur, daß wir mit den Volksbefragungen gegenwärtig auf dem richtigen Weg sind.



Sicher werden die Abstimmungen am 17. Juni nicht einen abrupten STOP des Stationierungsprozesses auslösen. Dies werden auch andere Aktionen für sich allein genommen nicht können. Aber wie immer das Ergebnis im einzelnen ausfallen wird, eines steht zumindest heute schon fest: Am 17. Juni werden quer über das Land Millionen Menschen mit den Forderungen der Friedensbewegung konfrontiert. Sie werden gleichsam in ihrer Nachbarschaft und aus eigener Anschauung erleben, daß die Friedensbewegung keinesfalls resigniert hat, sondern ihren Widerstand gegen den Stationierungsprozeß verstärkt fortsetzt.

Je mehr Menschen dies erfahren umso besser. Wir machen die Volksbefragungen zu einem Erfolg! - nicht zuletzt deshalb, damit auch die großen Aktionen im Herbst dieses Jahres gelingen können. Also dann.....

Jetzt kommt es drauf an!

In hunderten von Städten und Gemeinden hat die „heiße“ Phase der Mobilisierung für die Volksbefragungen am 17. Juni begonnen.

Wir sind davon überzeugt — und die bisherigen Erfahrungen beweisen dies — daß alle Friedensinitiativen in der Lage sind, die nun anstehenden Mobilisierungsschritte vorzunehmen.

Aus diesem Grunde und weil wir zum Themenbereich Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit im letzten Rundbrief insbesondere aber im Organisationsleitfaden ausführlich Stellung genommen haben, wollen wir an dieser Stelle auf Wiederholungen und Appelle verzichten.

Wichtiger scheint es uns zu sein, Erfahrungen einzelner Gruppen anderen Friedensinitiativen zu vermitteln. Auf zwei Aspekten liegt dabei der Schwerpunkt:

1. Wie können wir die Kampagne Volksbefragung überall sichtbar machen, d.h. Öffentlichkeit herstellen?
2. Wie können wir neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Volksbefragungen gewinnen, um immer mehr Wahllokale am 17. Juni abzudecken und —langfristig — die Basis der Friedensbewegung zu verbreitern?

Die folgenden Vorschläge und Anregungen wurden von Friedensinitiativen aus der Erfahrung vor Ort entwickelt und mit Erfolg eingesetzt.

Die Kampagne sichtbar machen!

D.h. natürlich, die örtliche Presse regelmäßig mit Informationen über die Volksbefragungen zu versorgen (z.B. Zahl der Befragungsstände, sonstige Aktionen und Veranstaltungen etc.) und die Kampagne durch Plakatieren, Aufkleber und Buttons sichtbar zu machen.

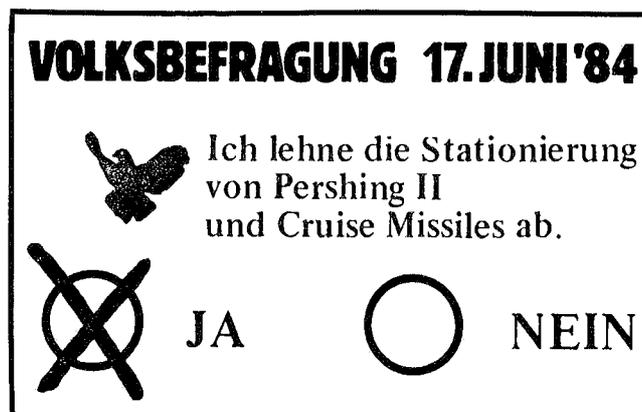
Neben diesen „traditionellen“ Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit hat sich das Mittel der „Abstimmung in gesellschaftlichen Bereichen“ (z.B. Schulen, Betrieben, Straßen, Kirchengemeinden usw.) als sehr wirkungsvoll erwiesen.

Mit diesem „zweiten Standbein der Kampagne Volksbefragung“ kann das „Anti-Raketenklima“ in der Bundesrepublik erhalten und ausgebaut werden. Es bietet daher über den 17. Juni hinaus Möglichkeiten zur Intensivierung der friedenspolitischen Diskussion, die wir nutzen sollten.

Eine Anregung, die wir natürlich gerne aufgegriffen haben, betrifft die notwendige Orientierung auf ein deutliches „JA“ zum STOP der weiteren atomaren und konventionellen Aufrüstung in Ost und West. Im Herbst '83 haben wir millionenfach „NEIN“ zur Stationierung gesagt, jetzt gilt es „JA“ zu sagen zum STOP des Stationierungsprozesses, zum „Einfrieren“ weiterer Aufrüstung.

Um diese Umorientierung — auch optisch — zu verdeutlichen, wird im Bonner Koordinationsbüro **Anfang Juni** ein entsprechendes **Textplakat mit dem Abstimmungstext der Volksbefragungen** zu erhalten sein.

Dem gleichen Zweck dient auch dieser



Aufkleber, der beim **Wuppertaler Friedensforum, Brillenstr. 117, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202 — 30 31 38** zum Preis von DM 40,— pro 2.000 Exemplaren erhältlich ist. (Über Rabatte bei größerer Abnahme lassen die Friedensfreunde dort sicher gerne mit sich reden).

● Neue Helfer gewinnen! ●

Viele Beispiele, die inzwischen im Koordinationsbüro eingegangen sind, machen deutlich: Im Zuge der Kampagne Volksbefragung gelingt es, immer mehr Menschen in die aktive Arbeit der Friedensinitiativen einzubeziehen und somit die Friedensbewegung insgesamt zu stärken.

Bewährt hat sich dabei einmal mehr der Info-Stand, möglichst als „Modell-Befragungsstand“ und ausgestattet mit Flugblättern oder Listen, in die sich alle Interessierten für bestimmte Wahllokale eintragen können.

Als Orientierungshilfe und zugleich auch als Mobilisierungsmittel kann dabei eine **Stelltafel** mit einem **Stadt-**

plan, der sowohl die abgedeckten als auch die noch offenen Wahllokale erkennen läßt, dienen.

Eine gute — und daher nachahmenswerte — Idee stammt vom **Friedensforum Rheinland**: An alle Autos mit einem Friedensaufkleber wird ein Flugblatt geklemmt, mit der Aufforderung, sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragungen am 17. Juni zu beteiligen. (vgl. Anhang).

Für weitere Anregungen zur Gewinnung neuer „Friedenskämpfer/-innen“ (z.B. „Bürgerbriefe“ u.ä.) verweisen wir

auch hier auf den **Organisationsleitfaden**, der nach wie vor im Koordinationsbüro erhältlich ist. (DM 3,- + Porto als Vorkasse!).

Um Interessierten einen leichteren „Einstieg“ in die Vorbereitung zu bieten, hat es sich als günstig erwiesen, wenn vor allen Wahllokalen bereits Stände angemeldet sind. Dann bleibt den neu gewonnenen Helfern und Helferinnen der „Behördenkram“ zunächst erspart.

Mittlerweile liegen auch konkrete Unterstützungsangebote vor. Verschiedene ÄSTen von Hochschulen und Fachhochschulen, sowie Schülervertretungen haben angeboten, an ihren Schulen und Hochschulen weitere Helfer und Helferinnen für den 17. Juni zu organisieren. Hier liegen Möglichkeiten, die wir nicht ungenutzt lassen sollten.

Auskünfte erteilen gerne: Vereinigte Deutsche Studentenschaften, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn sowie die Bundesschülervertretung, c/o Landesschülervertretung NRW, Friedrichstr. 61 a, 400 Düsseldorf 1.

Alle diese Tips und Anregungen sind nicht am oft beschworenen „grünen Tisch“ ausgebrütet worden, sie stammen von den aktiven Friedensinitiativen. Darum: Probiert es aus, es klappt bestimmt!

Unsere Paketaktion

Durch die Kampagne Volksbefragung werden Stimmzettel in ungeheuren Mengen anfallen.

Sie beweisen nicht nur das millionenfache JA zur Abrüstung, sondern machen auch den Willen der Bevölkerung deutlich, in lebenswichtigen Fragen mitentscheiden zu können.

Wir planen mit den Stimmzetteln in Bonn eine Aktion, deren Zeitpunkt und Charakter vom aktuellen politischen Geschehen abhängt.

DESHALB:

- ★ die Stimmzettel nicht vernichten
- ★ sendet die Stimmzettel an das Koordinationsbüro in Bonn
- ★ verwendet dazu die als Wahlurnen benutzten Postpakete Nr. 4 (in jedem Postamt für DM 3,- erhältlich)
- ★ vermerkt unter dem Absender die Adresse des Wahllokals/Volksbefragungsstandes, an dem die Stimmen gesammelt worden sind. Macht dies auf der Außenhülle des Paketes gut sichtbar.
- ★ legt in das Paket auf keinen Fall Wahlprotokolle oder Mitteilungen usw. Bei der zu erwartenden Menge (15.000 - 20.000 Stück!) können wir die Pakete nicht öffnen.
- ★ Wahlprotokolle, Mitteilungen und Anregungen für die o.g. Aktion schickt uns extra als Brief.



Autoflugblatt

Liebe Friedensfreundin,
Lieber Friedensfreund,

An Ihrem Friedenaufkleber haben wir gesehen, daß auch Sie gegen Atomraketen sind. Mit dieser Meinung haben sich am letzten Ostermarsch beteiligt. Die Friedensbewegung ist also alles andere als tot, wie es die Bundesregierung gehofft hat.

Tun wir der Regierung nicht den Gefallen, Ruhe zu geben!

Gegen die Mehrheit der Bevölkerung kann auf Dauer niemand regieren. Bereiten wir jetzt den nächsten Höhepunkt der Friedensaktionen vor:

Die selbstorganisierten Volksbefragungen am 17. Juni!

Bei dieser Aktion sollen Millionen Menschen die Möglichkeit erhalten, ihre Ablehnung der Raketenstationierung zum Ausdruck zu bringen. Am Tag der Europawahl sollen vor möglichst vielen Wahllokalen in unserem Ort Abstimmungsstände der Friedensbewegung stehen.

Dazu brauchen wir Ihre Hilfe. Es kommt auf jeden einzelnen an!

Auch wenn Sie wenig Zeit haben, weil sie bereits in einer Gewerkschaft, Partei oder Kirchengemeinde aktiv sind - an diesem Sonntag brauchen wir Ihre Hilfe.

Zur Vorbereitung der Volksbefragungen treffen wir uns:

am 6.6.84 um 20.00 Uhr in der Gaststätte "Zur weißen Taube" im Gartenweg 6

Wenn Sie an diesem Tag keine Zeit haben sollten, aber trotzdem am 17. Juni mithelfen wollen, füllen Sie bitte den untenstehenden Kasten aus und schicken ihn an:

Friedensinitiative Bernstadt, Leinenweg 5, 1706 Bernstadt

Ich helfe bei der Volksbefragung am 17. Juni, und zwar:

vormittags
nachmittags
abends

Name :
Adresse :
Telefon :

Zeitungsmachen und Öffentlichkeitsarbeit für Friedensinitiativen.

In Zusammenarbeit mit der Initiative Journalisten warnen vor dem Atomkrieg (Regionalgruppe Köln/Bonn) veranstaltet die Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit vom 14.-16. September ein Seminar. Das Seminar gibt Arbeitshilfe für die Zeitungsarbeit, bietet Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch. Nähere Infos gegen frankierten Rückumschlag bei WDOFF, Estermannstr. 204, 5300 Bonn 1 Tel.: 0228/674663

Rechtsprobleme

Es mehren sich in letzter Zeit die Beispiele, in denen die Volksbefragungen am 17. Juni durch die öffentliche Verwaltung behindert oder gar durch rechtswidriges Verwaltungshandeln zu Fall gebracht werden sollen. Angesichts dieser massiven Behinderungsversuche müssen wir deutlich machen, daß das Selbstbewußtsein der Friedensbewegung ausreicht, solchen Versuchen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Unser politischer Widerstand gegen die Aufrüstungspolitik muß ggf. seine Entsprechung und Fortsetzung im rechtlichen Widerstand gegen solche Behördenmaßnahmen finden. Mit den Volksbefragungen steht auch die Demonstrationsfreiheit auf dem Prüfstand!

Im folgenden stellen wir die gängigsten uns bisher bekannt gewordenen Versuche dar, die Volksbefragungen zu ver- oder behindern; gleichzeitig zeigen wir geeignete Gegenmaßnahmen auf, von denen Ihr bitte reichlich gebrauch machen solltet.

Grundsätzlich gilt:

Alle Behinderungen an uns melden!

- Meldet jeden Versuch einer Behörde, die Volksbefragungen zu behindern oder auf administrativem Wege "abzuwürgen" umgehend an das Bonner Koordinationsbüro weiter. Hier erhaltet Ihr auch weitere Hinweise für Euer Vorgehen.
- Erstellt auch vor Ort eine Dokumentation über Behinderungen seitens der Behörden.
- Geht gegen Behinderungen und Behördenwillkür nicht nur rechtlich sondern politisch vor! Schaltet in jedem Fall die Presse ein und informiert eine breitere Öffentlichkeit. Schickt uns die Pressereaktionen unbedingt zu!
- Bei allen Behördenentscheidungen, insbesondere negativen, immer sofort schriftlichen Bescheid anfordern. Nur so haben wir etwas in der Hand, wogegen wir vorgehen können. (Ganz wichtig!)

Was tun bei abgelehnter Genehmigung?

Verzeichnis verweigert

Die kommunalen Wahlämter verweigern die frühzeitige Bekanntgabe der offiziellen Wahllokal-Verzeichnisse, d.h. die örtlichen Friedensinitiativen sind nicht oder nur schwer in der Lage, die genaue Lage und Bezeichnung des Wahllokals in ihren Anträgen anzugeben.

Nach § 25 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) sind die Behörden zur Hilfestellung verpflichtet. Sie müssen die Stellung sachdienlicher Anträge unterstützen. Die Weigerung, die offiziellen Verzeichnisse zur Verfügung zu

stellen, behindert die Friedensinitiative bei der Antragstellung. Dieses Verhalten ist daher rechtswidrig.

ABER: Laßt Euch an dieser Stelle nicht in langwierige juristische Auseinandersetzungen verstricken!

Meldet vielmehr umgehend die Befragungsstände vor den Wahllokalen an, wartet nicht länger auf eine offizielle Liste. Die notwendigen Informationen könnt Ihr auch bei Parteien oder sonstigen politischen Gruppen erhalten. Ihr solltet ggf. die Stände einfach dort anmelden, wo nach Euren Erfahrungen üblicherweise Wahllokale eingerichtet werden.



Antrag nicht angenommen

Behörden weigern sich, Anträge auf Genehmigung von Befragungsständen überhaupt entgegenzunehmen.

(Doch, doch - alles schon dagewesen.)

Ein deutlicheres Beispiel für rechtswidriges Verwaltungshandeln läßt sich in der Tat kaum benennen. Aus § 24 III VwVfG ergibt sich zwingend, daß Behörden die Annahme von Anträgen (selbst wenn diese ungelassen kommen) nicht verweigern dürfen!

Macht in diesen Fällen umgehend von dem Recht auf eine "Dienstaufsichtsbeschwerde" Gebrauch, wendet Euch sofort an die zuständige Aufsichtsbehörde, sowohl schriftlich wie mündlich, schaltet die Presse ein.

Wenn es nötig ist, reicht umgehend Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht ein. Als "Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung" geht das binnen eines Tages. (Vgl. § 123 VwGO). Kosten werden Euch garantiert keine entstehen, Ihr werdet nämlich gewinnen! Trotzdem: Immer Rechtsanwalt beiziehen!

Falsche Rechtsauskunft

Behörden geben bewußt falsche Rechtsauskünfte und mündliche Versagensgründe zum Besten, die jeder Beschreibung spotten: Es könnten grundsätzlich keine Genehmigungen erteilt werden, da während des Wahlkampfes nur Parteien das Recht auf Informationsstände hätten, oder: Genehmigungen und Sondernutzungserlaubnisse könnte nur für solche Plätze erteilt werden, die von der Stadt oder Gemeinde dafür zugewiesen seien.

Laßt Euch durch mündliche Aussagen nicht beirren! Ihr habt auf Antrag einen Rechtsanspruch auf einen schriftlichen Bescheid (gem. § 37 II VwVfG). Kommt die Behörde dem trotz Aufforderung nicht nach, solltet Ihr die unter 2. genannten Schritte einleiten.

Nach § 25 VwVfG ist die Behörde darüberhinaus zur Hilfeleistung bei der Antragstellung verpflichtet, dieser Verpflichtung genügt sie aber nur bei rechtmäßigen Auskünften!

Die nebenstehend genannten Begründungen sind - man kann nur sagen - BLÖDSINN!

Eine Versagung kann die Behörde nur aufgrund einer Abwägung zwischen dem (unserem) Grundrecht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und dem (ihrem) Interesse an der "Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs" vornehmen. Hinzukommt, daß die Wahl nicht beeinträchtigt werden darf. D.H.: Wenn andere Gründe für die Verweigerung einer Standgenehmigung angeführt werden, legt umgehend WIDERSPRUCH dagegen ein. (Nähere Einzelheiten teilt Euch auf Anfrage das Koordinationsbüro mit.



Verschlepptes Verfahren

Behörden verschleppen das Genehmigungsverfahren, lassen Anträge unbearbeitet liegen, oder zögern den Bescheid unangemessen lange hinaus, so daß eine ordentliche Vorbereitung für die Initiativen unmöglich wird. (Etwa: Bescheid erfolgt erst unmittelbar vor dem 17. Juni).

Gem. § 75 VwGO hat die Behörde zur Bearbeitung von Anträgen eine "angemessene Bearbeitungsfrist". Diese

Frist darf aber nicht so weit ausgedehnt werden, daß der mit dem Antrag verfolgte Zweck vereitelt wird.

Wenn die Volksbefragungen dadurch für Euch erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht werden, solltet Ihr sofort eine sog. "Untätigkeitsklage" nach § 75 VwGO beim zuständigen Verwaltungsgericht einlegen. Auch hier trägt eine einstweilige Anordnung erheblich zur Beschleunigung bei.



Rechtswidrige Auflagen

Behörden erteilen zwar die beantragte "Sondernutzungserlaubnis", erlassen aber zugleich "Auflagen", die den Zweck der Volksbefragungen, also z.B. die "Ansprache der Bevölkerung" vereiteln. Es ergehen etwa Auflagen der Art: keine Flugblattverteilung, keine Ansprache von Passanten etc.

Derartige Auflagen und Ergänzungen sind rechtswidrig! Nach § 36 III VwVfG dürfen Auflagen dem Zweck des Verwaltungsaktes, also hier der Genehmigung eines Volksbefragungsstandes, nicht zuwiderlaufen. D.h. es darf nicht untersagt werden, für die Teilnahme der Aktion zu werben oder Flugblätter zu verteilen.

Lediglich die Verwendung von Megaphonen oder Lautsprechern darf - in unmittelbarer Nähe von Wahllokalen verweigert werden.

Also: Gegen derartige Auflagen legt bitte sogleich Widerspruch ein. Wenn die Zeit drängt, sollte auch hier der einstweilige (=schnelle) Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten gesucht werden.

P.S.: Verwaltungsakte, die schriftlich ergehen - Ihr habt einen Anspruch darauf - müssen eine Rechtsmittelbelehrung enthalten. Da könnt Ihr Widerspruchsbeförderung und die weiteren Vorgehensmöglichkeiten entnehmen.

Der Raum in diesem Rundbrief reicht sicher nicht aus, alle möglichen Behinderungen erschöpfend darzustellen und Gegenmaßnahmen zu entwerfen. Daher wiederholen wir hier nochmals unsere dringende Bitte: MELDET JEDEN VORFALL UMGEHEND AN DAS KOORDINATIONSBURO WEITER! Je schneller wir von neuem "Behördenterror" erfahren, je effektiver können unsere Gegenmaßnahmen ausfallen, insbesondere ein entsprechende Umsetzung in der Presse.

Die Zeit drängt! Jetzt anmelden!



Schon jetzt ist absehbar: Behörden verschleppen Anträge.
Man sucht Gründe, um die Befragungsstände nicht genehmigen zu müssen.
Erste Verbote sind ausgesprochen worden und es werden täglich mehr!

Diese Taktik darf nicht aufgehen!

Also: Gebt den Verantwortlichen keine Handhabe, mangels Bearbeitungszeit Anträge abzulehnen.
Beantragt umgehend die Genehmigungen!

Die Rückmeldung

Die Volksbefragungen vor möglichst vielen Wahllokalen am 17. Juni sind eine betont dezentrale Aktion der Friedensbewegung. Ihre politische Wirkung können sie jedoch nur entfalten, wenn es gelingt, die Ergebnisse am 17. Juni zentral zusammenzufassen und zu verarbeiten.

Für eine optimale Presse- und Informationsarbeit benötigen wir deshalb unbedingt Eure **AKTIVE MIT-HILFE**!

Also: Knüpfen wir gemeinsam ein Informationsnetz, das die Wahllokale, Dörfer und Städte mit der Stadthalle in Bonn - Bad Godesberg und dem Koordinationsbüro verbindet.

Das Informationsnetz vorm 17.6.

Das Bonner Koordinationsbüro ist für eine effektive Planung und Umsetzung der Kampagne bis zum 17. Juni auf einen möglichst genauen Überblick über den Stand der Vorbereitungen, die Zahl der aktiven Unterstützer und die Zahl der abgedeckten Wahllokale angewiesen.

Deshalb:

- Füllt bitte ganz schnell den „Wir-machen-mit“ – Zettel aus, auch wenn Euch die Nummern der Wahllokale noch nicht bekannt sind.
- Folgende Angaben sollten auf jeden Fall erfolgen: Anzahl der Wahllokale im Ort/der Region insgesamt, Anzahl der abgedeckten Wahllokale, Postleitzahl (!), Kontaktadresse, Telefonnummern, Zahl der Aktiven.
- Sofern das überhaupt nötig ist, hier eine kleine Anregung, den „Wir-machen-mit“-Zettel schnell einzusenden:
 Jede Friedensinitiative, die sich bis zum 4. Juni beim Koordinationsbüro meldet, erhält ein Paket (ca. 300 Ex.) „Zeitung der Kampagne Volksbefragung Nr.2/Juni 84“ umsonst!!! Die Pakete werden Euch **UNFREI** zugeschickt, so daß etwa 5,- DM Porto auf Euch zukommen.

Das Informationsnetz am 17. Juni

1. Vor Ort

Um einen möglichst reibungslosen Ablauf am 17. Juni selbst zu gewährleisten und die korrekte Übermittlung der Ergebnisse sicherzustellen, möchten wir Euch folgende Empfehlungen an die Hand geben:

- Ihr solltet Euch um Kontakt und Absprache mit den benachbarten Friedensinitiativen kümmern. So können Verwirrungen (Doppelmeldungen etc.) vermieden und alle Kräfte sinnvoll (also keine „Mehrfachbesetzungen“) eingeteilt werden.
- Richtet wenn möglich eine regionale oder örtliche Koordinationsstelle ein, die alle wesentlichen Daten und Fakten zusammenfassen und nach Bonn melden sollte.
WICHTIG: Teilt uns rechtzeitig Anschrift und Telefonnummern mit! (vgl. „Wir-machen-mit“ – Zettel).

Wenn keine Möglichkeit der Koordination und Zusammenfassung besteht, meldet bitte die einzelnen Wahllokal;Ergebnisse direkt telefonisch nach Bonn weiter. (Telefonnummern s.u.).

2. Am 17. Juni in Bonn:

Damit die Auswertung und Bekanntgabe der Ergebnisse am 17. Juni möglichst erfolgreich ist, d.h. auch für die Medien in geeigneter Form aufbereitet werden kann, wird am Wahltag in Bonn eine **Volksbefragungs-Zentrale** in der Stadthalle Bonn - Bad Godesberg eingerichtet.

Diese Zentrale ist am **Sonntag, den 17. Juni ab 11.00 h** unter den folgenden Telefonnummern zu erreichen:

	35 10 91 bis 99
0228	35 70 23 bis 29
	36 10 11 bis 18
	36 40 31 bis 34

Ab 19.00 h wollen wir die Gelegenheit nutzen und laden alle Freundinnen und Freunde zu einer öffentlichen **Volksbefragungs-Fete** in die Stadthalle Bonn - Bad Godesberg ein.



3. Welche Ergebnisse brauchen wir?

Die Bedeutung dieser Frage und der erforderliche Grad von Genauigkeit bei ihrer Beantwortung ergibt sich aus der politischen Zielvorgabe für die gesamte Kampagne. Es geht mit darum, die Politik des Schweigens und Verschweigens zu durchkreuzen. Dazusind viele und kontinuierliche Meldungen während der laufenden Aktion dringend notwendig. Zudem muß das Endergebnis - zumindest aber eine möglichst dichte

Annäherung an das Endergebnis - zu einem optimalen Zeitpunkt bekanntgegeben werden können.

Wir bitten Euch daher, die nachfolgenden Vorgaben möglichst genau zu beachten. Ihr könnt dem Koordinationsbüro und unserer gemeinsamen Sache sehr viel helfen, wenn Ihr Eure Vorbereitungen und Überlegungen gezielt auf folgende Notwendigkeiten abstellt:

Trendmeldungen

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten auch tagsüber laufend (Nachrichtensendungen zu festen Zeiten) über die Europa-Wahl. Hier schon müssen wir uns einmischen.

Dazu benötigen wir ab 11.00 h regelmäßige **Trendmeldungen** über die Beteiligung an den Volksbefragungen. Das heißt:

an den Betrugungsständen sollten **Strichlisten** über die Teilnehmerzahlen geführt werden. Jeder Abstimmungs Vorgang sollte möglichst erfaßt werden. Zur Ermittlung dieser Zahl kann ggf. auch die **Befragungsliste** aus dem Organisationsleitfaden herangezogen werden. (Also: fortlaufend nummerieren!).

Gebt diese Trendmeldungen (regional und örtlich zusammengefaßt) an die o.g. Telefonnummern der Volksbefragungs-Zentrale weiter.

Die 1. Trendmeldung sollte zwischen 11.00 h und 12.30 h erfolgen, die 2. Trendmeldung zwischen 15.00 h und 16.00 h.

Für die beiden wichtigsten Nachrichtensendungen („heute“ und „Tagesschau“, 19.00 h und 20.00 h)

brauchen wir neben der Teilnehmerzahl nach Möglichkeit schon erst erstes **Zwischenergebnis**.

Deshalb:

Legt bitte für einige (ca. 10 - 20 %) der von Euch abgedeckten Wahllokale einen Termin und einen Raum für diese **Zwischenauszahlung** fest.

Gebt die ermittelten Ergebnisse zwischen 18.00 h und 19.00 h nach Bonn weiter und setzt danach die Abstimmung fort.

Das Endergebnis

Da das gesamte Rückmeldeverfahren — beginnend mit der Auszahlung über die regionale und örtliche Zusammenfassung bis zum Anruf in Bonn — einige Zeit in Anspruch nimmt, solltet Ihr mit der **Auszahlung** bereits um 20.00 h beginnen.

Auch wenn die Europa-Wahllokale noch bis 21.00 geöffnet haben, ist es notwendig, bis gegen 23.00 h

ein (ungefähres) Endergebnis vorliegen zu haben.

Bitte benutzt für die Weitergabe der Ergebnisse die hier abgedruckte Ergebnisliste/Protokoll und gebt folgende Daten möglichst genau an: Postleitzahl/Nummer der Wahllokale, Ort, insgesamt abgegebene Stimmen, JA-Stimmen, NEIN-Stimmen und ungültige Stimmen.

Unabhängig von der telefonischen Weitergabe der Ergebnisse, möchten wir Euch bitten, am nächsten Tag umgehend ein Exemplar des Ergebnis-Protokolls an das Koordinationsbüro einzusenden. Wir sind nur auf diese Weise in der Lage, einige Tage später ein genaues Endergebnis der Volksbefragungen festzustellen und politisch zu verarbeiten.

● Massenzeitung Nr. 2 (Juni) ●

Es ist endlich soweit: Anfang Juni erscheint die 2. Ausgabe der „Zeitung der Kampagne Volksbefragung“! Sie sollte gezielt und massenhaft zur Mobilisierung auf den 17. Juni eingesetzt werden nach dem Motto: „Jedem Haushalt seine Friedenszeitung“

Hier kurz der Inhalt: Perspektiven der Friedensbewegung — Friedensherbst 1984 — Prominente zur Volksbefragung.

ACHTUNG: Jede Friedensinitiative, die sich bis zum 10. Juni mit dem „Wir-machen-mit“-Formular beim Koordinationsbüro meldet, erhält ein Paket mit ca. 300 Exemplaren gratis! (Die Zeitungen werden grundsätzlich unfrei verschickt, so daß bei Euch Portokosten von etwa 5,— DM anfallen werden).

UND NOCH ETWAS: Die hohe Auflage macht es möglich, den Preis pro Stück um 50 % zu senken! Ein Exemplar kostet demnach genau 0,05 DM!!

ALSO: langt zu!



300 Gratis-Exemplare



Wir machen mit

Einsenden an

Koordinationsbüro
Estermannstr. 179

5300 Bonn 1

Die Friedensgruppe
Name

Kontaktadresse:Tel.:

stellt am 17. Juni 1984 vor dem Wahllokal/den Wahllokalen:

Postleit-
zahl

Adresse

einen Volksbefragungsstand auf.

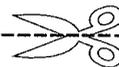
Das Wahllokal hat die Nummer:

Nummer dem Verzeich-
nis der Wahllokale ent-
nehmen, wenn vorhanden

Wir sind am 17. Juni 1984 unter folgender Telefon-Nummer erreichbar:

vor 18.00 Uhr:

nach 18.00 Uhr:



A N M E L D U N G

Einsenden an den örtlichen oder regionalen

Zusammenschluß von Friedensgruppen.



Die Friedensgruppe
Name

Kontaktadresse:Tel.:

stellt am 17. Juni 1984 vor dem Wahllokal/den Wahllokalen:

Postleit-
zahl

Adresse

einen Volksbefragungsstand auf.

Das Wahllokal hat die Nummer:

Nummer dem Verzeich-
nis der Wahllokale ent-
nehmen, wenn vorhanden

Wir sind am 17. Juni 1984 unter folgender Telefon-Nummer erreichbar:

vor 18.00 Uhr:

nach 18.00 Uhr:

Ergebnisliste/Protokoll

Kenn-
ziffer

Vor dem Wahllokal/den Wahllokalen Nr.:

1

in Postleitzahl:

2

wurde am 17. Juni 1984 im Rahmen der Volksbefragungskampagne der Friedensbewegung eine Urnenabstimmung über die folgende Fragestellung durchgeführt:

“ Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West - insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen - eingeleitet werden. “

Die Abstimmung erbrachte folgendes Ergebnis:

Insgesamt abgegebene Stimmen:

3

JA - Stimmen :

4

NEIN - Stimmen :

5

Ungültige:

6



Die Abstimmung wurde durchgeführt von:

.....
Friedensgruppe, Organisation

Für die Richtigkeit der Angaben:

.....
Name

Adresse

Unterschrift

.....
Name

Adresse

Unterschrift

Bitte einsenden an: Koordinationsbüro, Estermannstr.179, 5300 Bonn 1
und örtliche oder regionale Koordination, wenn existent.

VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI 1984

Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West - insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen - eingeleitet werden.

JA

NEIN

VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI 1984

Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West - insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen - eingeleitet werden.

JA

NEIN

Volksbefragung

Checkliste



Zur Kontrolle über den Stand der Vorbereitungen vor Ort fassen wir hier die wesentlichen Punkte zu einer Übersicht zusammen:



VORBEREITUNGSPHASE



- 1. Die Friedensinitiative fordert beim zuständigen Wahlamt das offizielle Verzeichnis der Wahllokale an.
- 2. Sie entscheidet sich für ein oder mehrere (ggf. alle) Wahllokale.
- 3. Sie füllt den Rückmeldungsvordruck aus und sendet ihn
 - a) an das Koordinationsbüro in Bonn
 - b) an die zuständige regionale Koordination, soweit vorhanden.
- 4. Beim zuständigen Straßenverkehrs-/Ordnungsamt wird die Standgenehmigung beantragt.
- 5. Die Genehmigung sorgfältig aufheben und für jeden Stand eine Kopie anfertigen.
- 6. Aktionsmaterialien bestellen und den Einsatz planen.
- 7. Öffentlichkeitsarbeit vorbereiten und durchführen.
- 8. Volksbefragungsstand vorbereiten:
 - a) Infotafeln und Wandzeitungen erstellen.
 - b) Stimmzettel nachdrucken (pro Wahllokal eintausend Stück)
 - c) Befragungslisten nachdrucken (pro Wahllokal ca. 60 Stück).
 - d) Standbesetzung festlegen und ausreichend (d.h. mit etwa fünf Personen) besetzen.
 - e) Für die öffentliche Auszählung ein Büro oder Lokal organisieren, das über einen Telefonanschluß verfügt (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften ansprechen).
- f) alle Utensilien für den Befragungsstand zusammenstellen (letzter Termin: 15. Juni 1984):
 - 2 Tische (Tapeziertische)
 - 2 Sichtschutze
 - 2 Wahlurnen
 - Stimmzettel (1.000 Stück)
 - Befragungslisten (ca. 60 Stück)
 - 1 Wahlprotokoll (pro Stand)
 - Kugelschreiber
 - Standgenehmigung bereithalten
 - Info-Material zur Volksbefragung
 - Wetterschutz



AKTIONSTAG 17. Juni 1984



- 1. Beginn der Aktion um 8 Uhr (d.h. Aufbau um 7.30 Uhr)
- 2. Beendigung der Aktion um 20.00 Uhr
- 3. Öffentliche Auszählung in der öffentlichen Befragungszentrale
- 4. Befragungsprotokolle erstellen
- 5. Telefonische Durchgabe der Ergebnisse an den Regionalausschuss und/oder das Koordinationsbüro in Bonn (näheres wird rechtzeitig mitgeteilt)



AM TAGE DANACH



- 1. Einsenden der Volksbefragungsprotokolle an das Koordinationsbüro in Bonn.
- 2. Lagern der Stimmzettel bis zur geplanten Aktion.
- 3. Verbreitung der örtlichen Ergebnisse der Volksbefragung im ganzen Wahlbezirk, dabei zu Auswertungs- und Nachbereitungstreffen einladen.
- 4. Auswertung, Einschätzung und Ausblick

VERWEIGERT JETZT!



Verweigerungskampagne läuft —



Bisher 10.000 Selbstverpflichtungen

Viele Initiativen und Organisationen der Friedensbewegung haben in den letzten Wochen bereits die Verweigerungskampagne zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Vor allem die Ostermärsche sind vielerorts dazu genutzt worden, über

das Ausmaß der militärischen Verplanung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu informieren und unsere Antwort darauf - die Verweigerung - zu verbreiten.

Aktionsbeispiel:

Verweigerungspostamt der DFG-VK Bielefeld

Während des Ostermarsches von Bielefeld nach Dortmund befahl ein "General" eine Gruppe von Zivilpersonen, denen in der militärischen Verplanung wichtige Funktionen zugeordnet sind: Frauen, Ärzte und Ärztinnen, Lehrerinnen und Lehrer, Juristinnen und Juristen usw. Gleichzeitig wurde mit Transparenten und Flugblättern zur Verweigerung aller Kriegsdienste und zur Unterzeichnung der Selbstverpflichtungserklärung aufgerufen, die im mitgeführten, überdimensionalen Briefkasten gesammelt wurden. Ergebnis: Über 600 Frauen und Männer verweigerten an diesen Tagen jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen und erklärte, daß sie sich auch im "Ernstfall" allen Befehlen widersetzen, die ihre Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.

Vor allem viele Frauen erklärten den gerade zu Ostern laut

gewordenen Plänen aus dem Verteidigungsministerium, die Personallücke der Bundeswehr mit Frauen zu schließen, eine deutliche Absage, indem sie einen wie auch immer gearteten Militärdienst und ihre Verplanung für den Ernstfall gemäß Artikel 12 a GG verweigerten.

Solche und andere Aktionsformen sollten auch weiterhin verstärkt genutzt werden, um mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, sie über die Pläne der Bundesregierung und der NATO zu informieren und von der Notwendigkeit der Verweigerung zu überzeugen. Gelegenheiten dazu gibt es genug: bei Veranstaltungen zur Mobilisierung für die Volksbefragungen am 17.6., bei den Friedensaktivitäten zu Pfingsten an vielen Orten, an Musterungs- und Einzugs-terminen zur Bundeswehr, vor Kreiswehrrersatzämtern und Kasernen.



Aktivitäten im berufsspezifischen Bereich

Die "Initiative Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn" ist mit einem gemeinsamen Aufruf von Eltern, Erziehern und Lehrern "NEIN zu allen Kriegsdiensten - JA zur Friedensarbeit" an die Öffentlichkeit getreten. Darin heißt es u.a.

"Angesichts der begonnenen Stationierung von offensiven Massenvernichtungswaffen:

Wir verweigern als Pädagogen

- jede Werbung für die Bundeswehr, die die Gefahren dieser Massenvernichtungswaffen verharmlosen..
- jede Erziehung, die die Angst vor möglichen Feinden größer werden läßt als die Angst vor Massenvernichtungswaffen...

Wir engagieren uns als Pädagogen dafür,

- daß die schwierige ökonomische Situation vieler arbeitsloser .. Jugendlichen nicht durch "Berufsperspektiven" bei der Bundeswehr ausgenutzt wird. Wir bemühen uns vielmehr, jenen vielen Jugendlichen Mut zu machen und

zur Seite zu stehen, die für sich vom Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen wollen.....
- daß diejenigen unter uns, die noch als Reservisten der Bundeswehr zur Verfügung stehen, über ihre weitere Bereitschaft kritisch nachdenken und sich ggf. zur Verweigerung entschließen."

Auf dem "4 ten medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkriegs" in Tübingen ist ein weiteres mal die zentrale Bedeutung der Kriegsmedizin in den Planungen der Militärs, die einen Krieg denkbarer und führbar machen, in die öffentlichen Schlagzeilen gerückt worden. In der Abschlusserklärung unterstreichen die Ärztinnen und Ärzte und die Beschäftigten des Gesundheitswesens deshalb ihre Entschlossenheit, sich der Fortbildung in Kriegsmedizin - verschleiern Katastrophenmedizin genannt - zu verweigern, auch wenn man sie dazu verpflichten sollte.

Noch deutlicher hat dies der Gießener Psychoanalytiker

RICHTER in seiner Eröffnungsrede gemacht, wenn er sagt, daß "wir (die Ärzte, d.R.) wie viele andere Gruppen der Friedensbewegung praktisch einen umfassenden Prozeß der gesellschaftlichen Militarisation dort stören, wo wir als Ärzte in seine Mechanismen eingeschaltet sind."

Solche eindeutigen Stellungnahmen berufsspezifischer Initiativen gilt es zu unterstützen, öffentlich zu machen und für die Arbeit vor Ort zu nutzen, um z.B. Ärzte, Lehrer usw. zur Unterstützung der Verweigerungskampagne zu gewinnen.

Perspektiven der Kampagne

Auf der letzten Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Köln ist die Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen ein weiteres Mal als richtiger und wirksamer Beitrag im Kampf gegen die atomare Bedrohung und den begonnenen Stationierungsprozeß bestätigt worden.

Dies findet seinen Ausdruck nicht zuletzt in dem Aktions-schwerpunkt "Tage der Verweigerung vom 22.-24.11." im Rahmen des gemeinsamen Friedensherbstes 84. Deshalb ist es wichtig bis zum Herbst kontinuierlich die Idee der Verweigerung zu verbreiten und Menschen für gemeinsame Verweigerungsaktionen in diesen Tagen zu gewinnen.

Aber auch andere Aktionsschwerpunkte des Herbstes lassen sich gut mit der Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung verknüpfen:

- bei den Friedenstagen des Protestes, Widerstandes und der Verweigerung lassen sich unsere Aktionen und Argumente vor und in die Schulen, Universitäten und Betriebe tragen
- bei den Aktionen zu den Herbstmanövern läßt sich die Kriegsvorbereitung auch behindern, indem wir das Gespräch mit den Soldaten suchen und sie für die Verweigerung gewinnen.
- und natürlich bei den regionalen Großaktionen, bei denen für die folgenden Aktionen mobilisiert werden kann

Als öffentlichkeitswirksamer Auftakt für diese Aktivitäten, aber auch um den inhaltlichen Zusammenhang der Verweigerungsaktionen in den unterschiedlichen Bereichen zu diskutieren und die inhaltlichen Positionen, Formen und Perspektiven der verschiedenen Verweigerungsansätze stärker in das öffentliche Bewußtsein zu bringen, ist für Anfang September eine Fachtagung zur Verweigerung geplant.

Zu einer Verständigung über die Durchführung dieser Tagung und gemeinsamer Aktivitäten im Herbst findet ein Vorbereitungstreffen am 21. Juni 84 statt (Termin vormerken!!)

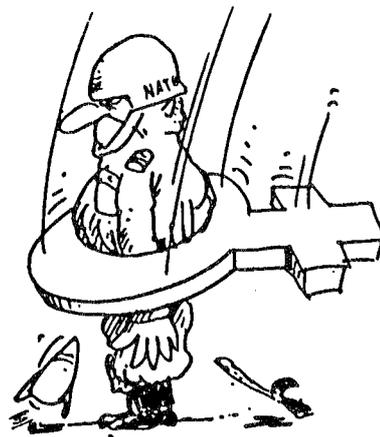


Selbstverpflichtungen

Es ist weiterhin sehr wichtig Selbstverpflichtungen zu sammeln - auch ein guter Weg, um im persönlichen Gespräch über die Ziele der Kampagne zu informieren. Wir werden die Erklärungen hier sammeln, zu einem geeigneten Zeitpunkt in einer wirksamen Aktion damit an die Öffentlichkeit gehen und wollen sie dazu nutzen, notwendige Kontakte von Einzelpersonen und Initiativen bei Bedarf herzustellen.

Darüberhinaus sollten die Erklärungen den zuständigen Stellen in öffentlichen Aktionen angezeigt werden. Wer zuständig ist, zeigt nachstehende Tabelle:

"normale" KDV durch Soldaten, Wehrpflichtige, Reservisten.	Kreiswehrratsamt
Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen	Arbeitsamt
Totalverweigerung	Kreiswehrratsamt
Tätigkeiten im Zivildienst	(Ober)bürgermeister
ABC-Abwehrausbildung, Katastrophenmedizin	(Ober)bürgermeister
Mitwirkung an Kriegsgerichten	Verteidigungsministerium
Wehrkunde an den Schulen	Kultusminister/Reg.Präs.
Rüstungsforschung und Wehrkunde an der Universität	Kanzler der Hochschule
militärische und zivile Überwachungsanordnungen	Kreiswehrratsamt
Kriegssteuerzahlungen	Finanzamt
Zivildienstüberwachungsverweigerung	Bundesamt für Zivildienst
Maßnahmen der Parlamente	Parlamentspräsident



Informiert uns über geplante und durchgeführte Aktionen, über Resonanz in den Medien, damit wir solche Beispiele verbreiten und zur Nachahmung empfehlen können.

Unterstützt die Kampagne VERWEIGERT JETZT!

Wir bitten Gruppen und Einzelpersonen, die bundesweite Kampagne der Friedensbewegung „Verweigert jetzt!“ finanziell und durch inhaltliche Arbeit vor Ort zu unterstützen.

Unterzeichnet die untenstehende Unterstützungserklärung und teilt uns mit, ob und wie Ihr Euch an der Kampagne beteiligen werdet.

Die 20,- DM werden zur Grundfinanzierung der Kampagne und für die zentrale Öffentlichkeitsarbeit gebraucht.

Unterzeichner der Unterstützungserklärung werden in unseren Verteilern (für Rundschreiben, Vernetzungstreffen, regionale und überregionale Aktionen, z.B. für den Herbst 1984) aufgenommen.



Bestellschein
LIEFERUNG NUR GEGEN VORKASSE!

MITTE ERGÄNZEN AN:
KONKURRIZENZVERBOTE
110/111/112

Ich/Wir

Name Str. PLZ/Ort

bestelle/n:

Plakate "Verweigert Jetzt" Din A 1St./0.60DM
Plakate "Verweigert Jetzt" Din A 2St./0.40DM
Buttons "Verweigert Jetzt" (56mm)St./1.50DM
Buttons "V" (26mm)St./1.00DM
Aufkleber "Verweigert Jetzt"St./1.00DM
Massenzeitung "Verweigert Jetzt" (mind. 100 St.; incl.Porto)St./0.10DM

VERSANDKOSTEN : Bestellwert bis 50,00 DM = 5,00 DM 100,00 DM = 7,00 DM 200,00 DM = 11,00 DM 300,00 DM = 15,00 DM ab 300,00 DM = 5% der Bestellsumme (Bei Berechnung der Versandkosten bitte die Massenzeitung NICHT berücksichtigen, da Porto incl.!)	Summe
	Versand (s.links)
	GESAMTBETRAG

Den Betrag vonDM habe/n ich/wir am bezahlt

an G.Greune, Sonderkonto "Verweigerungskampagne", Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, (BLZ 380 101 11) Kto.Nr. 102 634 1800

an G.Greune, "Verweigerungskampagne", Postscheckamt Köln, (BLZ 370 100 50) Kto.Nr. 28 38 23-505

durch beiliegenden Verrechnungsscheck über.....DM

durch beiliegendes Bargeld in Höhe vonDM



Unterstützt die Kampagne "Verweigert jetzt!"

An den Koordinationsausschuß der Friedensbewegung
- Verweigerungskampagne -
Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

0228/67 83 60

Ich/Wir unterstütze(n) den Aufruf der Friedensbewegung zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen "VERWEIGERT JETZT!"

Gruppe/Organisation :

Name/Beruf/Funktion:

Anschrift, Tel. :

Unterschrift :

Als Unterstützungsbeitrag zahle(n) ich/wir DM (mindestens 20,-) durch

- Überweisung auf das Konto: Gerd Greune, Sonderkonto "Verweigerungskampagne", Bank für Gemeinwirtschaft Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 102 634 1800.
- Überweisung auf das: Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50), Gerd Greune, Sonderkonto Nr. 283823 - 505
- beil. Verrechnungsscheck.
- beil. Bargeld.

Ich/Wir unterstützen die Verweigerungskampagne, indem ich/wir die Materialien weiterverbreiten und Aktionen vor Ort durchführen
 ja nein



Bestellschein

LIEFERUNG NUR GEGEN VORKASSE!



An das: Koordinationsbüro der Friedensbewegung, Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1 (0228) 67 82 31/32

Hiermit bestellen wir/ich:

Name :
 Anschrift :
 Unterschrift :
 Telefon (wichtig!) :

PLAKATE "Volksbefragung" Din A 1 Stück a 0, 60 DM DM
PLAKATE "Volksbefragung" Din A 2 Stück a 0, 40 DM DM
PLAKATE "Volksbefragung" Din A 4 Stück a 0, 10 DM DM
TEXTPLAKATE "Volksbefragung" Din A 2 Stück a 0, 20 DM DM
BUTTONS "Volksbefragung" Stück a 1, 50 DM DM
AUFKLEBER "Volksbefragung" Stück a 1, 00 DM DM
AUFRUFE (FLUGBLÄTTER) "Volksbefragung" Stück a 0, 02 DM DM
MASSENZEITUNG "Volksbefragung" Nr. 2 (Anfang Juni) Stück a 0, 05 DM DM
ORGANISATIONSLEITFADEN "Volksbefragung" Stück a 3, 00 DM DM
RUNDBRIEF '84 Nr. 2 (dieser) Stück a 0, 50 DM DM
PLAKATE "WEHRT EUCH!" Din A 1 Stück a 0, 40 DM DM
BUTTONS "WEHRT EUCH!" Stück a 1, 00 DM DM
T-SHIRT Größe 6 7 8 Stück a 10,00 DM DM

VERSANDKOSTEN: Bestellwert bis 50,00 DM = 5,00 DM
 100,00 DM = 7,00 DM
 200,00 DM = 11,00 DM
 300,00 DM = 15,00 DM
 ab 300,00 DM = 5 % der Bestellsumme

Summe DM
 Versandkosten (s. links) DM
GESAMTBETRAG DM

Bei Abnahme großer Mengen (nur bei Plakaten, Aufklebern und Buttons) können VOR der Bestellung telefonisch mit dem Koordinationsbüro RABATTE vereinbart werden!

Den Betrag von DM habe(n) ich/wir am bezahlt

- an J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Volksbank Bonn (BLZ 380 60 186), Kto.-Nr.: 150 1492 015
- an J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50), Kto-Nr: 33 77 19 - 502
- durch beiliegenden Verrechnungsscheck über DM (SCHNELLSTE BEARBEITUNG !)
- durch beiliegendes Bargeld in Höhe von DM